

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

№. 66.

Donnerstag, den 20. März 1906.

17. Jahrgang.

Der rote Märztag.

Nun ist er vorüber, der sehnsüchtig erwartete Tag, der Erinnerungstag an die deutsche Märzrevolution, an jene ewig denkwürdigen Stunden, wo auf den Barricaden Berliner Freiheitskämpfer Leib und Leben ließen, um die Macht des preussischen Absolutismus zu brechen. Die Arbeiterklasse in ganz Preußen und Deutschland hatte den 18. März dazu bestimmt, durch massenhafte Demonstrationen zu betreiben, daß sie alle in das Ziel der alten März-Revolution übernommen hat, daß sie allein gewillt ist, den Kampf, den die Barricadenkämpfer begonnen, zum siegreichen Ende zu führen: den Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.

Durch die imposante Ruhe ihres Verlaufs hat die Märzdemonstration gewirkt. Wer auf Sanktionen gerechnet hatte, der wird sich bitter enttäuscht fühlen. Ausgetobt hatte draußen der Frühjahrssturm, ein lauter Frühlingsmorgen war angebrochen.

Den ersten sichtbaren Erfolg des 21. Januar hat uns der 18. März gebracht. Die Polizei hat eingesehen, daß demonstrierende Proletarier nicht mit Säbel und Revolver zu bekämpfen sind, und sie war zu Hause geblieben. Fast unheimlich, wie die Ruhe vor dem Sturm, mutete uns das friedliche Straßenbild an, das nur Vormittags und um die Versammlungszeit und in der Nähe der Versammlungsorte durch die zu- und abströmenden Menschenmassen sich von dem allsonntäglichen unterschied und dadurch zeigte, daß dem Tag eine besondere Bedeutung zukomme. Im stillen mag Polizei und Militär wohl gerüstet gewesen sein, offenbar noch einmal, wie am 21. Januar, für die Wahlrechtsforderungen der Arbeiterklasse zu protestieren, das hatte man doch nicht mehr gewagt.

Das war der erste Erfolg, den uns der 18. März gebracht hat, aber mit ihm war noch ein zweites verknüpft: der gestrige Sonntag ließ uns die Früchte des Saalbohrers ernten. Was noch am 21. Januar möglich gewesen ist, daß man nämlich den demonstrierenden Arbeitern im letzten Augenblicke Saal um Saal abtrieb, diesmal hatte man es nicht mehr gewagt, oder man hatte es wohl gewagt, mußte aber einsehen, daß es vergeblich sei. So konnten in Breslau zwölf Versammlungen in den verschiedensten Teilen der Stadt abgehalten werden; gegen zwölftausend Menschen protestierten in ihnen, und hätte es die Pirge der Zeit nicht unmöglich gemacht, noch mehr Versammlungen vorzubereiten, fünfundzwanzig und dreißigttausend Demonstranten hätte der rote Märztag auf die Straße gebracht.

Ruhig ist der Tag verlaufen, wie in Breslau, so in der Provinz, und in der ganzen Monarchie. Die bürgerlichen Blätter werden nun wieder versuchen, die Aktion der preussischen Proletarier herunterzureißen und in das Lächerliche zu ziehen. Was kümmert's uns? Hat doch auch der gestrige Sonntag gezeigt, daß wir marschieren.

Folgende Resolution

gelarnte in allen Versammlungen einstimmig zur Annahme:
Die Versammlung protestiert aufs neue gegen das in Preußen bestehende Dreiklassen-Wahlrecht.
Wider Recht und Gesetz ist dieses Geldsack-Wahlrecht am 30. Mai 1849 dem preussischen Volke von der Regierung aufgebunden worden, nachdem sie zuvor das Gesetz vom 8. April, das eine allgemeine, gleiche und geheime Wahl verbürgte, beseitigt hatte.
Die Versammlung fordert euerig, daß dieses rückständige und widersinnige Wahlrecht beseitigt werde. An seine Stelle trete das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten preussischen Staatsangehörigen, ohne Unterschied des Geschlechts.
Das preussische Bürgerrecht hat es durch seine Schwachheit verschuldet, daß bis heute eine Junter-Mehrheit unter dem Schutze des Geldsack-Wahlrechts ungestört im Landtage schaltet. Die preussische Arbeiterklasse gelobt, nicht zu ruhen, bis sie ein freies, ihren Wünschen gemäßes Wahlrecht errungen hat.

Im Gewerkschaftshause

war die erste Versammlung Vormittags 11 Uhr von über 1500 Personen besucht. Von vornherein sei gesagt, daß eine äußerst begründete kampfesfrohe Stimmung herrschte, die wiederholt in spontanen Beifallsrufen zum Ausdruck kam. Der Referent Genosse Jimmer wies auf die Erfolge der 1849er Revolution in Berlin hin, die viel Ähnlichkeit mit der russischen Revolution habe. Hier wie dort kämpfte Proletariat und Proletariat gemeinsam gegen das Juntertum. Die Berliner Revolutionäre trugen unter dem Jubel der Barricadenkämpfer das bis dahin absolute Regiment zu Grabe. „Gut ab“, hieß es, um die Gefallenen zu ehren. Das Militär mußte heraus aus Berlin — des Volkes Wille war hier ein mal höchstes Gesetz. Doch recht schnell war die Kampfesbegeisterung des schlappen Bürgerrechts verflohen, gar bald schloß das Bürgerrecht seinen Frieden mit den Junkern. Die Reaktion setzte auf das schärfste ein und jede freibürgerliche Bewegung wurde brutal unterdrückt. Und dieser Reaktionszeit verbanden wir das preussische Landtagswahlrecht, ihr verdanken wir das Verins- und Verinsammlungsrecht, überhaupt die preussische Verfassung — geboren unter einem Verfassungsgebende. Wenn man bedenkt, daß solche wichtige Gesetzgebungsgebiete wie Schulgesetzgebung, Steuererhebung usw. zum Verins des Landtages gehören, so ist es auch erklärlich, wenn das Proletariat nun endlich einmal teilnehmen will an dieser Gesetz-

gebung. Und deshalb wird die sozialdemokratische Arbeiterklasse keinesfalls eher den Kampf einstellen, bevor nicht ein voller Sieg errungen ist. Der Redner schloß seine oft von stürmischem Beifall begleiteten Ausführungen mit der Mahnung, die Arbeiterklasse möge fleißig ihr Recht fordern, eingedenk des Art. 1 der Preussischen Verfassung, daß jeder Preuze vor dem Gesetz gleich sei.

Nachig gingen die Demonstranten auseinander, nirgends fand die Polizei, die sich durchaus ruhig verhielt und alles unseren Ordnern überließ, Veranlassung einzuschreiten.

Nachmittags 2 Uhr

Die zweite Gewerkschaftshausversammlung, die Nachmittags um 2 Uhr stattfand und in der Genosse Tugauer vor über 1500 Personen sprach, verlief ebenso angeregt und begeistert.

Abends 6 Uhr

Auch um 6 Uhr Abends hatte sich der große Saal des Gewerkschaftshaus wieder dicht gefüllt. Kein Klagen war mehr frei. Unter wiederholtem Beifall und großem Interesse sprach Genosse Kühn die revolutionären Tage und die politische Entrechtung der Arbeiterklassen in Preußen. Zum Schluß erbot die Versammlung das Andenken der Märzgefallenen durch Erheben von den Plätzen.

„Am linken Strand der Oder“

sprach Genosse Dr. Landsberg. Der Saal war überfüllt. Der Redner gab einen Überblick preussischer Geschichte seit der Schlacht bei Jena. Gerade sei ein Jahrhundert verflohen, seit Preußens Staat und Heer, von einem unfähigen Absolutismus zerklüftet, unter den Schlägen Napoleons zusammenbrach. Die würdevollste Jahrhundertfeier wäre es, Preußens Staatseinrichtung zu demokratisieren und den Adel, der damals Preußen durch seine Feigheit und Unfähigkeit kompromittiert hätte, seiner Vorrechte zu entkleiden. Statt dessen plane man auf dem Schlachtfeld von Jena eine Denkmalsentheilung nebst den heute unvermeidlichen Neben.

Der Referent schildert dann die trübe Zeit der Demagogerie, die darauf folgende romantische Reaktion des hiesigen Friedrich Wilhelm, 1848 führt dann die französische Anregung zu dem Heldentum am 18. März. Ein freies Wahlrecht wird errungen, in der preussischen Nationalversammlung finden Glaubensgebiete, wie Oberschlesien, zum ersten Male bevollmächtigte Vertreter. Die hereinbrechende Reaktion verzichtet diese hoffnungsvollen Ansätze auf Forderungen hinaus und zwingt dem Volke Preußen ein verächtliches Geldsackwahlrecht auf. Bis in die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein hält sich die Sozialdemokratie großenteils den Landtagswahlen fern. Jetzt endlich hat sie sich in Bewegung gesetzt, ein neues freies Wahlrecht zu erringen. Alle Zeichen sind günstig. In einer Zeit, wo die süddeutschen Staaten ihr Wahlrecht freier ausgestalten, wird es in Preußen kaum möglich sein, reaktionär zu bleiben, ohne daß die deutsche Einheit ernstlich in Gefahr gerät. Auch auf die auswärtige Politik könne es nicht ohne Wirkung bleiben, wenn das Ausland sehe, daß das preussische Volk in seiner Masse einen erhärteten Kampf ums Recht gegen seine Regierung führe. In jeder Proletarier seine Pflicht, daran mitwirken zu 2 Jahren, wenn der Kampf vom 18. März sich zum schließlichen Siege führen sollte. Die Wahlrechtsresolution fand hierauf einstimmige Annahme.

Im Tivoli

füllten weit über 1000 Personen den Saal und die Galerie. Mit lauten Zurufen begrüßte die Versammlung den Referenten, Reichstagsabgeordneten für Breslau-Dit, Genossen Tugauer. Dieser gab zunächst seiner lebhaften Freude darüber Ausdruck, daß es gelungen sei, wieder das Tivoli, das einst in der Breslauer Parteiverammlung eine so große Rolle gespielt hat, zu Versammlungen zu erhalten dank der Güntigkeit der Breslauer Arbeiter, die auch sonst den Saal-Bohrer zum baldigen Siege führen werde. Der Redner gab dann einen geschichtlichen Rückblick auf die Entstehung und den Verlauf der Märzrevolution und knüpfte daran eine scharfe Kritik des unter Verfassungsbuch aufgeführten Dreiklassenwahlrechts. Stürmischer Beifall bezeugte das Einverständnis der Versammlung mit den Ausführungen des Redners, besonders hell aber lobte die Versammlung, als ein alter Achtundvierziger, der selbst noch in den Reihen der Märzrevolutionäre stehen wollte, unter Parteiveteran Genosse Cohn sich erhob und darauf hinwies, daß die Arbeiterklasse das Erbe der bürgerlichen Revolutionäre von 1848 übernommen habe, daß sie allein die Träger aller freibürgerlichen Forderungen der Gegenwart seien. Mächtig brauste das von Gen. Kötter ausgehende Hoch auf die internationale Sozialdemokratie durch den Saal, und unter den Klängen der Arbeitermarchen ging die Versammlung auseinander. Die Besorgnis des überwachenden Kriminalbeamten — alle Versammlungen waren von Kriminalbeamten in Zivil überwacht — die Demonstranten wüchsen auch auf der Straße fortzuziehen, war unbegründet.

Im „Goldenen Repter“

referierte Genosse A. Reifert über „Das Dreiklassen-Wahlrecht und die Märzrevolution“. 600 Personen waren erschienen. Redner entlegte sich seiner Aufgabe unter spannen der Aufmerksamkeit der Erschienenen. Unter tosendem Beifall fand die Versammlung ihr Ende.

Bei Jenke, Ohlauer Chauffee

hatten sich 400 Personen eingefunden. Die ungleiche Verteilung der Karten bürtete Schuld daran sein, daß der Saal nicht ganz gefüllt war. Genosse Grunow ging in seinem Referat zunächst auf die Vorläufer der 1849er Revolution ein, die Verordnungen der Verfassung für Preußen im Jahre 1808, und im Jahre 1815; ferner auf die Weber-Revolution im Jahre 1844, um dann die Entstehung der Märzrevolution von 1848 zu schildern. Redner schloß mit der Aufforderung, nicht eher zu ruhen, als bis die Früchte jener Revolution und endlich voll zu teil geworden sind. Eine kurze Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Der Vorsitzende Genosse Machol forderte zum Beitritt zur politischen und gewerkschaftlichen Organisation auf und ermahnte, nur die Parteipresse zu lesen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Bemerkenswert sei noch, daß besondere Maßnahmen seitens der Polizei nicht getroffen waren und alles in bester Ordnung verlief.

In Babelsberg sprach vor etwa 800 Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich bei Beifall versammelt hatten, Genosse Kühn unter lebhaftem Beifall. Auch hier wurde die gemeinsame Resolution ohne Widerspruch angenommen. Mit lebhaften Hochrufen auf die Sozialdemokratie trennten sich die Versammelten, vergeblich ansäuselnd nach dem Schutzmannsaufgebot von dort.

In Cosel

entwickelte sich schon am frühen Morgen ein sehr reges Leben; aus den umliegenden Ortschaften strömten die Proletarier mit ihren Frauen herbei. Kurz nach 10 Uhr war das ganze 1500 Personen fassende Kubische Lokal bis auf den letzten Platz besetzt. Der Genosse Schütz, der das Referat übernommen hatte, schilderte in 1/2stündiger sehr oft vom Beifall unterbrochener Rede die ökonomische Entwicklung Deutschlands im vorigen Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Ursachen der 1848er Revolution. Nach Annahme der Resolution wurde die anregend verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

In Grünhagen

wurde die erste, längst vor der Zeit schon besetzte Versammlung bei Rappich um 11 Uhr von dem Genossen Wilschke eröffnet. Genosse Schütz hielt den beifälligen angenommenen Vortrag. Man hatte die Tische aus dem Lokal entfernt. Die Anwesenden saßen fest gedrängt aneinander. Nachmittags 3 Uhr fand die zweite Versammlung statt, die für die Genossen der umliegenden Dörfer bestimmt war. Genosse Schütz erweckte durch seinen vorzüglichsten Vortrag die Begeisterung der Versammelten — Genosse Wilschke hatte noch eine dritte Versammlung für 6 Uhr einkernt, diese war erweiterungsweise zur Hälfte von Frauen besucht, die den Ausführungen des Genossen Schütz mit Beifall folgten, sie hatten noch niemals in solcher Anzahl teilgenommen. Alle drei Versammlungen nahmen einstimmig die für den Tag gefasste Resolution an. Die Polizei hielt sich neutral, es wurde ihr auch keine Gelegenheit zum Einschreiten geboten. Aufnahmen in den politischen Verein fanden 9 statt.

In Ohlau

fand eine stark besuchte Versammlung im Gasthof zur „Stadt Dels“ statt. Der geräumige Saal mit der Galerie mochte auf 500 Personen fassen, außerdem waren auch die Nebenräume voll besetzt. Es mochten im ganzen 600 Männer und Frauen anwesend sein, die dem stilschönen Vortrag des Genossen Kötter mit Beifall folgten. Die März-Revolution von 1848 und das verrotzte Dreiklassenwahlrecht in Preußen mit geäußert Aufmerksamkeit lauschten und wädhren und nach demselben lebhaft applaudierten. Die bekannte Resolution fand einstimmige Annahme. Die imposante Demonstration wurde vor und nach dem Vortrage verklärt durch den Gesang von Freiheitsliedern. Pater des Gesanges waren nicht aufgehoben worden. Die kleine Stadt war auch wirklich nicht in Gefahr!

Waldburg

Die Versammlung der Waldburger Arbeiter tagte im Gewerkschaftshause in Polzig. Genosse Wibera-Breslau referierte unter großem Beifall. Als in der Diskussion ein Bergmann über die bekannte Rede, daß die Soldaten auf Vater und Mutter schießen sollten, einige Bemerkungen machte, löste der Weberwache die Versammlung auf. Unter stürmischem Hochrufen auf die Sozialdemokratie ging die Versammlung auseinander.

In Friedland

bei Waldburg fanden am Revolutionssonntag zwei Versammlungen statt und zwar um 3 Uhr und um 6 Uhr Nachmittags. Beide Versammlungen waren sehr gut besucht, die erste wundlich noch besser. Es verdient bemerkt zu werden, daß sich eine größere Anzahl der vorher freiliebenden Delegierten aus Götterberg eingefunden hatten. Das Referat über die Revolution von 1848 und das elendeste aller Wahlrechte hielt Genosse Philipp-Breslau, dem sich seine wirkungsvollen Ausführungen lebhafter Beifall spendet wurde. Die bekannte Resolution fand einstimmige Annahme.

Freiburg

Die Versammlung, welche Vormittags 11 Uhr im Gewerkschaftshause in Polzig tagte, war zahlreich besucht und wurde der Vortrag des Revolutionskämpfers des Reiches Gen. Feldmann, mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Resolution des Parteivorstandes wurde einstimmig angenommen. Etwa 50 Genossen wurden für die politische Organisation gewonnen. Wenn auch die Behörden nicht so umfassen die Vorstandsmitglieder getroffen hatten, wie am 21. Januar, so sah man doch mehrere fremde Gensdarmen und sämtliche Polizeibeamten von Freiburg auf den Beinen, ohne jedoch nur das geringste zu tun zu bekommen. Von den preussischen Behörden kann man auch föhlich nicht verlangen, daß sie in einer so kurzen Zeit, vom 21. Januar bis zum 18. März etwas lernen.

Schwedtitz

Die Demonstrationsversammlung nahm, von einem ärgerlichen, durch einen lärmenden Besucher hervorgerufenen Zwischenfall abgesehen, einen würdigen Verlauf. Anwesend waren circa vierhundert Personen; der Besuch war also nicht so aut wie im Januar; das überaus schöne Frühlingswetter dürfte leider viele vom Besuch der Versammlung abgehalten haben. Allerdings hatte auch die Polizei vorzeitig den Saal abgeperrt. Der Referent, Gauleiter Dietrich aus Breslau, gedankt in schwungvollen Worten der historischen Vorgänge, wie sie sich in den deutschen Märztagen des Jahres 1848 abgespielt, wiewohl dann das preussische Dreiklassenwahlrecht einer ebenen eingeleitet wie ruffen Kritik und schloß mit brausendem Beifall der Versammlung seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit der Organisation und auf die Bedeutung der Arbeiterpresse. Wie im Januar, so war auch am Sonntag ein starkes Polizeiaufgebot am Platze, ebenso war auch das Militär in den Reihen konfiguriert, zu „tun“ gab es natürlich nichts.

In Striesan

ar die in der „Bierquelle“ tagende Protestversammlung, wie die am 21. Januar, von 800 — 900 Personen besucht. Die vorgelassene Resolution wurde einstimmig angenommen. Referent war Genosse Franz Feldmann-Oberlangenbielau. Von Polizei und Gensdarmen war nirgends etwas zu sehen, dieselbe hätte auch, wie am

11. Januar, nicht zu tun gehabt. Der Arbeiter gewann 88 neue Mitglieder.

Schmidberg.

Dem beschlossenen Wähler befristet, besagte die Arbeiterpartei hier, Bitterfeld, Dautz, Hoffmann, Stieffert, Knebel, Böhler, Krumpholtz und Umgebung ihre Mitglieder. Es war die erste, die überhaupt im Reichsbereich stattfand. Die Beschlüsse waren sehr groß. Schon vor Beginn der Versammlung war der Saal des goldenen Schüssel überfüllt, über 600 Personen füllten ihn. Die Teilnehmer von Bitterfeld und Umgebung kamen in geschlossener Gruppe, unter Vorantragung einer improvisierten roten Fahne, und in der Dörfer allgemein Aufsehen und große Freude erregte. Die am 21. Januar, 1893, gewählten Gewerkschaften schickten die Mitglieder. Die Versammlung verlief in ruhiger Weise. Genosse Albert-Dreslau referierte. Die Resolution wurde unter jubelnder Zustimmung einstimmig angenommen.

In Girschberg.

Die Beteiligung war wohl noch stärker wie in Schmidberg. Ähnliche Tische und so oft die Stühle waren auch beim Saale entsetzt, der bereits vor Beginn der Versammlung überfüllt war. Um 7 Uhr Abend wurde die Feier durch ein Lied des Arbeiter-Gewerkschafts eingeleitet, das die Versammlung in feierliche Stimmung versetzte und zum schönen Verlauf der Feier sehr beitrug. Nach dem Vortrage des Genossen Albert-Dreslau wurde die Resolution einstimmig angenommen und die empfangene, von über 600 Personen besuchte Versammlung mit einem bewundernden Hoch auf die Sozialdemokratie und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht geschlossen.

Siegen.

Hier waren zwei Volksversammlungen, Vormittags 11 und Nachmittags 3 Uhr, beide waren gut besucht und hatten sich 8-900 Teilnehmer. In beiden Versammlungen referierte Genosse Knebel aus Breslau über die bürgerliche Revolution von 1848/49 und das preussische Dreiklassenwahlrecht. Mit großer Begeisterung folgten man den Ausführungen des Referenten und in beiden Versammlungen wurde einstimmig die Resolution des Parteivorstandes angenommen. Der Tag verlief ruhig. In der Nähe des Gewerkschaftshauses patronisierten wohl einige Polizeiposten, jedoch nicht in dem Maße vom 21. Januar.

Goldberg.

In einer Volksversammlung, welche sehr stark besucht war, sprach Genosse Carl-Dreslau über: "Die bürgerliche Revolution von 1848/49 und das preussische Dreiklassenwahlrecht". Redner erzielte für seine vortrefflichen Ausführungen lebhaften Beifall. Das Ansehen der Arbeiterpartei wurde durch Erheben von den Plätzen acht und die Resolution des Parteivorstandes einstimmig angenommen. Der Verlauf der Versammlung war ein ruhiger, jedoch von der Abhaltung der vorgelebten zweiten Versammlung kein Gebrauch notwendig wurde.

Dörfner (Kreis Goldberg).

In einer außerordentlichen Volksversammlung sprach in 1 1/2 stündiger Sitzung Genosse Carl-Dreslau über "Märzrevolution und das Dreiklassenwahlrecht". Die Versammlung nahm eine Resolution im Sinne des Referates an.

Jauer.

Die Arbeiterversammlung ist gut besucht. Die Teilnehmerzahl betrug wohl 200. Einstimmig wurde die Märzresolution angenommen. Referent war Genosse R. Daxl-Breslau.

Reife.

Die Protestversammlung ist ruhig und ohne jede Störung verlaufen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Anwesend waren ungefähr 150 Personen.

Neustadt O.S.

Die Versammlung war überfüllt, wohl an 200 Personen waren im Saal anwesend. Nach einem mit Aufmerksamkeiten versehenen Referat wurde die Resolution einstimmig angenommen. Die Versammlung verlief ruhig. Von der am 21. Januar entfallenen Religionsfeier wurde nichts zu sehen.

Neudorf O.S.

Nachmittags 2 Uhr fand eine Versammlung, von 150 Personen besuchte Volksversammlung in Neudorf, Gewerkschaftshaus, statt. Referent war Genosse R. Daxl-Breslau. Um 5 Uhr schloß sich eine von 120 Personen besuchte politische Versammlung in demselben Lokale an. Referent war Genosse R. Daxl-Breslau.

Sabitz.

Die Protestversammlung in Sabitz war sehr gut besucht. Das Referat hatte Genosse R. Daxl-Breslau, dessen Ausführungen lebhaften Beifall fanden. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. — In Sabitz fand auch eine stark besuchte politische Protestversammlung statt.

In Jüglitz.

bei Jüglitz sprach Genosse R. Daxl-Breslau vor einer überaus zahlreichen Anhörung unter lebhaftem Beifall. Trotz großer Gewerkschaftlichkeit verlief alles in vollkommenster Ruhe.

In Bromberg.

Im königlichen Lokale des von 500 Personen — Männer und Frauen — besuchte Volksversammlung statt. Genosse Reiz sprach über das Thema: "Die bürgerliche Revolution von 1848/49 und das preussische Dreiklassenwahlrecht". Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nach einer kurzen Diskussion, in welcher sich die Arbeiter im Sinne des Referates äußerten, wurde die vom Parteivorstand vorgelegene Resolution angenommen. Das Polizeiarrestat an diesem Tage war das dem vom 21. Januar d. J. ähnlich. Die Gewerkschaften aus der Umgegend wurden wieder in Massen bewacht und von dem Polizeiarrestat mit dem hiesigen Polizeiarrestat, das Gewehr über die Schulter gehängt, vor dem Parteivorstand eine Gelegenheit zu irgendwelchem Einschreiten wurde den Polizeibeamten von der Arbeiterpartei jedoch nicht gegeben.

Der 14. März in der Reichshauptstadt.

Dem Friedhof der Märzgefallenen gegenüber liegt das Kaiserliche Brauhaus mit seinen Verwaltungsverhältnissen. Verabreicht im Restaurationslokal ihren ehelichen Bürger beim Vormittagsessen. Der Arbeiterpartei, im Brauhaus, sind einige tausend Arbeiter und Arbeiterinnen versammelt, die aus der Bewegung der Arbeiterpartei bekannter Arbeiter unter dem Vorsitz des Genossen Reiz über die bürgerliche Revolution von 1848 und das preussische Dreiklassenwahlrecht einen gut von Beifall unterbrochenen Vortrag. Dem großen Saal gegenüber, auf der linken Seite des Hauptganges, liegt noch ein Raum, in dem wir einen Blick werfen. Hier blickt sich dem Auge ein wunderliches Bild. Der Saal ist ebenfalls dicht besetzt, aber nicht von Arbeitern, sondern von — Schülern. Man hat die Tische zusammengerückt und an jedem Tisch sitzen etwa drei bis vier Schüler, die der Kaiser nach seiner Schwammrede 1893 braucht; man verteilt sich die Zeit mit Karten- und sonstigen Spielen. Dies Bild wiederholt sich mehr oder weniger eintönig im Saal aller 102 Versammlungslokale, die für den heutigen Sonntag im Berlin der acht Groß-Berliner Reichshauptstadt anberaumt sind. Einige der größeren Säle hat die Polizei wegen Überfüllung abgelehrt, es gibt nicht viel Versammlungslokale in der Stadt, wo noch in irgend einem Winkel ein Platz zu ergattern wäre. Aber auf der Straße tritt die Arbeiterpartei nicht so stark hervor, wie vor 2 Monaten an dem beschriebenen 21. Januar. Der braue Bürgermann hat aus dem Ereignissen dieses Tages herausgehoben, daß sein Heiliges, der Reichstag, vor den Anprallen der Worte auch heute noch sicher ist, daß er sich daher ruhig zum Kartenpiel hinsetzen darf, und der Schwamm macht ebenfalls aus der Zeit eine Legende. Im Grunde verleiht die Polizei dem heutigen Sonntag das Gepräge; was recht häufig uniformierte Schichten von einem Demonstrationslokal zum anderen und nach einer Polizeiwache verfahren. Was können sie in der geschäftlichen Eile dem Vorgesetzten in rapportieren haben? In den hierhergehenden Sälen sind zwar offensichtlich bekannt, daß die Polizei für den 14. März ganz dieselben umfassenenden Sicherheitsmaßnahmen getroffen habe, wie früher für den 21. Januar; aber die Überfülltheit dieser Säle nimmt nicht zu, wie sich nicht so große Menschenmengen vor abgeleiteten Demonstrationslokalen sammeln, so scharf hervor, wie damals. Also dreifen sehr das ruhige Bild jener Schulkinder, die sich im Kaiserlichen Brauhaus dem Kartenpiel zugewandt haben. War der Kontrast zu diesem Beifall schon beim Betreten der Arbeiterpartei Versammlung selbst, so noch mehr dort, wo Männer und Frauen in langer Reihe sich auf dem Wege zum Friedhof des aneinander schloßen, um an dem gemeinen Ehrenkranz des deutschen Volkes Reichen der Erde niederzuliegen. Es war vor einigen Jahren in der Berliner Arbeiterpartei die Rede davon, daß die Gewerkschaften sich verringern sollten, aber davon ist am heutigen Sonntag nichts zu merken. Nach amtlicher Zählung hatten bis Mittags 1 Uhr 161 Deputierten an den Gründern der Märzgefallenen Kränze niedergelegt. Auf 26 000 wurde bis zu dieser Stunde die Zahl der Besucher von Amtswegen eingeschätzt. Wir konnten diese Angaben nicht nachprüfen; genau, daß für die Spätkommenden kaum noch ein Plätzchen übrig blieb, wo sie ihre Gabe unterbringen konnten. Von weitem leuchtete durch das Gitterwerk das flammende Rot der mächtigen Säulen hindurch, daß nur selten von den schwarzen Reihen einer Arbeiterpartei Gruppe oder dem Schwarz-rot-gold fortwirklicher Parteivereine unterbrochen wurde. Diese Gewerkschaften lebten nicht nur, das Ansehen des 18. März im Volke unvergessen ist, sie geben auch ein Bild von der wachsenden Ausbreitung der revolutionären Gedanken, man kann an den Inschriften sogar die Fortschritte des Industrialismus verfolgen. Kränze von den Arbeitern der Daimler-Motor-Gesellschaft, der Schreibmaschinen-Industrie, der Schmalzfabrik "Typographia" und den Arbeitern anderer neuer Industriezweige neben ebenso wie die Erinnerungskränze aus den Staatsverwaltungen und der königlichen Gewerkschaften Spandau fanden, daß überall im Proletariat der Menschheit Odem weht, der rastlos nach Befreiung lechzt. In der schmerzlichen Sorge um die Aufrechterhaltung der Ruhe in der Stadt scheint die Polizei ihre pflichtliche Pflicht übrigens nicht mit dem Eifer früherer Jahre erfüllt zu haben, trotzdem die Inschriften nicht an revolutionärem Gehalt vermissen lassen, sah man nur selten, daß eine Widmung der Polizeibehörde verfallen war. Wir wollen uns jetzt wieder der Stadt zuwenden. In allen 102 Versammlungen kam gleichzeitig eine Resolution zur Annahme, die inhaltlich der in Breslau angenommenen entspricht. Die bekannteren Redner waren für die heutigen Versammlungen sämtlich in Anspruch genommen worden. Robert Schmidt sprach in den Ministerialen, Wolfgang Heine bei Buagobagen, Hebel im Kreuzsaal. Im Beginn seiner Rede knüpfte Hebel an die Ereignisse vor 100 Jahren an. Nicht allein der Staat Friedrichs des Großen habe erst den schmachvollen Zusammenbruch von Jena bedurft, auch das Schicksal Frankreichs 1870 und das Rußlands in der Gegenwart lehre, daß die Staatskrisen zuerst erst durch die Schmach eines verlorenen Krieges zu Reformen gezwungen werden. Die aber auch immer das Ende der heutigen Reaktion sein möge, dem sozialistischen Proletariat gehet die Zukunft. In früherer Siegeszeit war dieser Gedanke auf der schärfsten aller heutigen Kränzen zum Ausdruck gebracht, der Verband der Arbeiterpartei Groß-Berlins hatte sie am Grabe der Märzgefallenen niedergelegt. Die Schlussparole lautet: "Macht auf! Proletariat, frei macht der März!"

tag das Gepräge; was recht häufig uniformierte Schichten von einem Demonstrationslokal zum anderen und nach einer Polizeiwache verfahren. Was können sie in der geschäftlichen Eile dem Vorgesetzten in rapportieren haben? In den hierhergehenden Sälen sind zwar offensichtlich bekannt, daß die Polizei für den 14. März ganz dieselben umfassenenden Sicherheitsmaßnahmen getroffen habe, wie früher für den 21. Januar; aber die Überfülltheit dieser Säle nimmt nicht zu, wie sich nicht so große Menschenmengen vor abgeleiteten Demonstrationslokalen sammeln, so scharf hervor, wie damals. Also dreifen sehr das ruhige Bild jener Schulkinder, die sich im Kaiserlichen Brauhaus dem Kartenpiel zugewandt haben. War der Kontrast zu diesem Beifall schon beim Betreten der Arbeiterpartei Versammlung selbst, so noch mehr dort, wo Männer und Frauen in langer Reihe sich auf dem Wege zum Friedhof des aneinander schloßen, um an dem gemeinen Ehrenkranz des deutschen Volkes Reichen der Erde niederzuliegen.

Es war vor einigen Jahren in der Berliner Arbeiterpartei die Rede davon, daß die Gewerkschaften sich verringern sollten, aber davon ist am heutigen Sonntag nichts zu merken. Nach amtlicher Zählung hatten bis Mittags 1 Uhr 161 Deputierten an den Gründern der Märzgefallenen Kränze niedergelegt. Auf 26 000 wurde bis zu dieser Stunde die Zahl der Besucher von Amtswegen eingeschätzt. Wir konnten diese Angaben nicht nachprüfen; genau, daß für die Spätkommenden kaum noch ein Plätzchen übrig blieb, wo sie ihre Gabe unterbringen konnten. Von weitem leuchtete durch das Gitterwerk das flammende Rot der mächtigen Säulen hindurch, daß nur selten von den schwarzen Reihen einer Arbeiterpartei Gruppe oder dem Schwarz-rot-gold fortwirklicher Parteivereine unterbrochen wurde. Diese Gewerkschaften lebten nicht nur, das Ansehen des 18. März im Volke unvergessen ist, sie geben auch ein Bild von der wachsenden Ausbreitung der revolutionären Gedanken, man kann an den Inschriften sogar die Fortschritte des Industrialismus verfolgen. Kränze von den Arbeitern der Daimler-Motor-Gesellschaft, der Schreibmaschinen-Industrie, der Schmalzfabrik "Typographia" und den Arbeitern anderer neuer Industriezweige neben ebenso wie die Erinnerungskränze aus den Staatsverwaltungen und der königlichen Gewerkschaften Spandau fanden, daß überall im Proletariat der Menschheit Odem weht, der rastlos nach Befreiung lechzt. In der schmerzlichen Sorge um die Aufrechterhaltung der Ruhe in der Stadt scheint die Polizei ihre pflichtliche Pflicht übrigens nicht mit dem Eifer früherer Jahre erfüllt zu haben, trotzdem die Inschriften nicht an revolutionärem Gehalt vermissen lassen, sah man nur selten, daß eine Widmung der Polizeibehörde verfallen war. Wir wollen uns jetzt wieder der Stadt zuwenden. In allen 102 Versammlungen kam gleichzeitig eine Resolution zur Annahme, die inhaltlich der in Breslau angenommenen entspricht. Die bekannteren Redner waren für die heutigen Versammlungen sämtlich in Anspruch genommen worden. Robert Schmidt sprach in den Ministerialen, Wolfgang Heine bei Buagobagen, Hebel im Kreuzsaal. Im Beginn seiner Rede knüpfte Hebel an die Ereignisse vor 100 Jahren an. Nicht allein der Staat Friedrichs des Großen habe erst den schmachvollen Zusammenbruch von Jena bedurft, auch das Schicksal Frankreichs 1870 und das Rußlands in der Gegenwart lehre, daß die Staatskrisen zuerst erst durch die Schmach eines verlorenen Krieges zu Reformen gezwungen werden. Die aber auch immer das Ende der heutigen Reaktion sein möge, dem sozialistischen Proletariat gehet die Zukunft. In früherer Siegeszeit war dieser Gedanke auf der schärfsten aller heutigen Kränzen zum Ausdruck gebracht, der Verband der Arbeiterpartei Groß-Berlins hatte sie am Grabe der Märzgefallenen niedergelegt. Die Schlussparole lautet: "Macht auf! Proletariat, frei macht der März!"

Über den Reichstag

hielt am Sonnabend zwei Sitzungen ab, weil die erste wegen notwendiger Beschlußfähigkeit ausfiel. Der ganze Kolonialetat stand auf der Tagesordnung; doch wurde nur der Etat für Ostafrika — und auch dieser mit einer wichtigen Ausnahme — erledigt. Im Anfang der Sitzung ergriff Genosse Hebel das Wort, um in temperamentvoller, wirksamer Rede den verunglückten Rettungsversuch festzunageln, den Dr. Arendt für Hängepeters zu unternehmen in seinem christlichen Gemüte sich gedrungen gefühlt hatte. Der edle Kampf für Christentum, Jugendvorsorge und Silberwahrung setzte sein eigenartiges Rettungsnetz fort, fand aber nur bei keinem engeren Parteimitgliede und Silberfreund v. Kardoff Unterstützung. Eine Reihe Titel werden fast debattellos erledigt und ein paar bescheidene Abstriche nach dem Kommissionsvorschlag trotz der Einreden des Kolonialprinzen Hohenlohe und des Kolonialgroßen Krainz vorgenommen. Letzterer wurde es, als die Regierungsschulen an die Reihe kamen. Diese ostafrikanischen Schulen will die Regierung vernünftiger Weise als Simultanenrichtungen einrichten und die Mehrheit der Kommission hatte ihre Zustimmung gegeben. Inzwischen aber fand die Konserativen ihren stramonianen Freunden zuliebe umgefallen und Reichspartei und Nationalliberale waren mit einem Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission zur Stelle, um den unvollständigen Parteifreunden im schützenden Dunkel der Kommission Gelegenheit zu geben, eine Form für den Unfoll zu finden. Die Genossen Singer und Hebel sahen das besten das sichere Spiel auf, das auch von dem freisinnigen Müller-Sagan und Dove gebührend beleuchtet wurde. Genosse Singer bezweifelte am Schluß einer ausgebreiteten Geschäftsordnungsdebatte die Beschlußfähigkeit des Hauses. Diese log so offenkundig, daß der Vizepräsident Graf Stolberg es gar nicht auf eine Auszählung ankommen ließ, vielmehr die Sitzung ausshob und eine neue auf eine Viertelstunde später anberaumte. Die strittige Position wurde wohlweislich nicht auf die Tagesordnung der neuen Sitzung gesetzt.

Die zweite Sonnabend Sitzung währte knapp zwei Stunden. Der ostafrikanische Etat wurde erledigt und die "weiße Kompagne", trotz Krainz und Hohenlohe rührender Bitten abgelehnt. Selbst die Deutschkonserativen stimmten dagegen. Der umfangreiche Rest des Kolonialetat kam am Montag und den folgenden Tagen an die Reihe.

Der Reichstag

hielt am Sonnabend zwei Sitzungen ab, weil die erste wegen notwendiger Beschlußfähigkeit ausfiel. Der ganze Kolonialetat stand auf der Tagesordnung; doch wurde nur der Etat für Ostafrika — und auch dieser mit einer wichtigen Ausnahme — erledigt. Im Anfang der Sitzung ergriff Genosse Hebel das Wort, um in temperamentvoller, wirksamer Rede den verunglückten Rettungsversuch festzunageln, den Dr. Arendt für Hängepeters zu unternehmen in seinem christlichen Gemüte sich gedrungen gefühlt hatte. Der edle Kampf für Christentum, Jugendvorsorge und Silberwahrung setzte sein eigenartiges Rettungsnetz fort, fand aber nur bei keinem engeren Parteimitgliede und Silberfreund v. Kardoff Unterstützung. Eine Reihe Titel werden fast debattellos erledigt und ein paar bescheidene Abstriche nach dem Kommissionsvorschlag trotz der Einreden des Kolonialprinzen Hohenlohe und des Kolonialgroßen Krainz vorgenommen. Letzterer wurde es, als die Regierungsschulen an die Reihe kamen. Diese ostafrikanischen Schulen will die Regierung vernünftiger Weise als Simultanenrichtungen einrichten und die Mehrheit der Kommission hatte ihre Zustimmung gegeben. Inzwischen aber fand die Konserativen ihren stramonianen Freunden zuliebe umgefallen und Reichspartei und Nationalliberale waren mit einem Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission zur Stelle, um den unvollständigen Parteifreunden im schützenden Dunkel der Kommission Gelegenheit zu geben, eine Form für den Unfoll zu finden. Die Genossen Singer und Hebel sahen das besten das sichere Spiel auf, das auch von dem freisinnigen Müller-Sagan und Dove gebührend beleuchtet wurde. Genosse Singer bezweifelte am Schluß einer ausgebreiteten Geschäftsordnungsdebatte die Beschlußfähigkeit des Hauses. Diese log so offenkundig, daß der Vizepräsident Graf Stolberg es gar nicht auf eine Auszählung ankommen ließ, vielmehr die Sitzung ausshob und eine neue auf eine Viertelstunde später anberaumte. Die strittige Position wurde wohlweislich nicht auf die Tagesordnung der neuen Sitzung gesetzt.

Der Reichstag

hielt am Sonnabend zwei Sitzungen ab, weil die erste wegen notwendiger Beschlußfähigkeit ausfiel. Der ganze Kolonialetat stand auf der Tagesordnung; doch wurde nur der Etat für Ostafrika — und auch dieser mit einer wichtigen Ausnahme — erledigt. Im Anfang der Sitzung ergriff Genosse Hebel das Wort, um in temperamentvoller, wirksamer Rede den verunglückten Rettungsversuch festzunageln, den Dr. Arendt für Hängepeters zu unternehmen in seinem christlichen Gemüte sich gedrungen gefühlt hatte. Der edle Kampf für Christentum, Jugendvorsorge und Silberwahrung setzte sein eigenartiges Rettungsnetz fort, fand aber nur bei keinem engeren Parteimitgliede und Silberfreund v. Kardoff Unterstützung. Eine Reihe Titel werden fast debattellos erledigt und ein paar bescheidene Abstriche nach dem Kommissionsvorschlag trotz der Einreden des Kolonialprinzen Hohenlohe und des Kolonialgroßen Krainz vorgenommen. Letzterer wurde es, als die Regierungsschulen an die Reihe kamen. Diese ostafrikanischen Schulen will die Regierung vernünftiger Weise als Simultanenrichtungen einrichten und die Mehrheit der Kommission hatte ihre Zustimmung gegeben. Inzwischen aber fand die Konserativen ihren stramonianen Freunden zuliebe umgefallen und Reichspartei und Nationalliberale waren mit einem Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission zur Stelle, um den unvollständigen Parteifreunden im schützenden Dunkel der Kommission Gelegenheit zu geben, eine Form für den Unfoll zu finden. Die Genossen Singer und Hebel sahen das besten das sichere Spiel auf, das auch von dem freisinnigen Müller-Sagan und Dove gebührend beleuchtet wurde. Genosse Singer bezweifelte am Schluß einer ausgebreiteten Geschäftsordnungsdebatte die Beschlußfähigkeit des Hauses. Diese log so offenkundig, daß der Vizepräsident Graf Stolberg es gar nicht auf eine Auszählung ankommen ließ, vielmehr die Sitzung ausshob und eine neue auf eine Viertelstunde später anberaumte. Die strittige Position wurde wohlweislich nicht auf die Tagesordnung der neuen Sitzung gesetzt.

Der Reichstag

Die zweite Sonnabend Sitzung währte knapp zwei Stunden. Der ostafrikanische Etat wurde erledigt und die "weiße Kompagne", trotz Krainz und Hohenlohe rührender Bitten abgelehnt. Selbst die Deutschkonserativen stimmten dagegen. Der umfangreiche Rest des Kolonialetat kam am Montag und den folgenden Tagen an die Reihe.

Land.

Staatsoberbehörde zur Arbeitslosenversicherung der Gewerkschaften in Danemark. Ähnlich wie in Norwegen beschließt man jetzt auch in Dänemark einen Beschluß aus öffentlichen Mitteln zu den Arbeitslosenklassen der Arbeiter zu gewähren. Die erste Anregung dazu haben die Sozialdemokraten bereits vor 25 Jahren durch einen Antrag an die gesetzgebenden Körperstellen gegeben. Seit unsere Parteien in den Reichstag vertreten sind, haben sie Jahr für Jahr von neuem diese Forderung erhoben. Als im Jahre 1901 die Liberalen an die Regierung kamen, trugten diese danach, die bestehende Altersversorgung durch eine Invaliden- und Altersversicherung zu ersetzen, wozu die Arbeiter Beiträge zahlen sollten. Als im Jahre 1903 eine Kommission zur Erwägung dieser Frage eingesetzt wurde, fiel ihr insolge der unabhägigen Haltung unserer Genossen auch die Aufgabe zu, über die Einführung einer Arbeitslosenversicherung zu beraten. Für den Plan, die Altersversorgung durch Versicherung zu ersetzen, wurden die Verhältnisse insolge des Fortschrittes der Sozialdemokratie und der Sprengung der Arbeiterpartei immer unangünstiger, jedoch davon vorläufig nicht mehr die Rede ist. Ueber die Arbeitslosenfrage hat die Kommission am 10. März ein Gutachten abgegeben, das in einem Gesetzentwurf über anerkannte Arbeitslosenklassen besteht. Danach soll der Staat ein Drittel der Beiträge erheben, die von den Mitgliedern der Arbeitslosenklassen gezahlt werden, jedoch ist die Summe des Staatszuschusses für diese Zwecke auf ein Maximum von 250,000 Kronen festgelegt. Die Kommunen können ohne Genehmigung der höheren Behörden ein Gehalt des Mitgliederbeitrages ausüben, jedoch also, sofern der Staatszuschuß ausreicht, die Hälfte der Beitragssumme der Versicherer aus öffentlichen Mitteln aufgebracht wird.

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratische Gemeindepolitik. Die von Rudolf Stuch herausgegebene Sammlung kommunalpolitischer Abhandlungen, im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erscheinend, ist um eine neue, lehrreiche Arbeit bereichert worden. Hugo Lindemann hat im Heft 5 das wichtige Gebiet der Steuern und Gebühren behandelt. Gerade dieser Frage ist bisher nicht die genügende Beachtung geschenkt worden. Wohl hat die Sozialdemokratie bestimmte Grundzüge hierfür aufgestellt, aber ihre Propagierung wird den sozialdemokratischen Vertretern in den Gemeinden erheblich erschwert, da ihnen das zur Begründung erforderliche Material nicht zur Verfügung steht. Diese Lücke in unserer Literatur füllt das neue drei Bogen starke Heft aus. Bei der beschränkten Steuerautonomie der Gemeinden ist die Kenntnis der einschlägigen landespolitischen Bestimmungen unbedingte Voraussetzung für die entsprechenden Wirken in der Kommune. Auch nach dieser Richtung hin hat Lindemann die ihm gestellte Aufgabe gelöst. Die Broschüre ist feinschriftlich geschrieben und gibt in gemeinverständlichem Maße Aufschluß über eine Reihe von Fragen. Sie soll täglich an die in der Praxis stehenden Genossen herantreten. Der Preis für die Broschüre ist 60 Pfennig; eine Agitationsausgabe kostet 30 Pfennig. Alle Parteibuchhandlungen liefern diese Broschüre sowie sämtliche in dieser Sammlung bisher erschienenen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. März.

*** Bautätigkeit in deutschen Städten**

Seit vielen Jahren gibt das Statistische Amt der Stadt Köln Vierteljahrsberichte über die dortige Bautätigkeit sowie einhangsweise über die Bautätigkeit in deutschen Großstädten heraus. Nach dem Berichte für das zweite Quartal 1905 weist Bremen mit 11,26 Wohngebäuden auf 10,000 Einwohner den verhältnismäßig stärksten Zugang an Wohngebäuden auf. Es folgen Barmen mit 9,81, Duisburg mit 8,81, Düsseldorf, Dortmund, Kiel und Köln mit 4,98, 4,94, 4,52 und 4,24 usw. Am niedrigsten stehen Altona, Magdeburg und Braunschweig mit 0,79, 0,74 und 0,45. Der Durchschnittssatz belief sich auf 2,81. — Nach der Zahl der neu entstandenen Wohnungen nimmt Barmen mit 70 auf 10,000 Einwohner die erste Stelle ein. Den nächstgrößten Zugang hatte Posen mit 45, Duisburg und Kiel mit je 38, Charlottenburg mit 36, Dortmund und Hamburg mit je 31 usw. Am schwächsten stellte sich, auf die Seelenzahl bezogen, die (brutto-)Zunahme der Wohnungen in Altona und Magdeburg mit je 5 und in Braunschweig mit 4 auf 10,000 Einwohner. Der Durchschnitt betrug 20. — Im Vergleich mit dem Bestande zu Beginn der Berichtszeit erfreuten sich Barmen und Duisburg mit 2,84 und 2,16 Prozent des stärksten Zuwachses. Im übrigen weisen namentlich noch Posen (1,95), Kiel (1,74), Hamburg (1,37) hohe, Altona und Magdeburg (je 0,20) dagegen sehr niedrige Werte auf. Durchschnittlicher Prozentsatz ist 0,91.

Die Bedeutung des Wohnungsangebotes für das Wohnungsangebot richtet sich nach der Höhe des bereits vorhandenen überzähligen Vorrates von Wohnungen. Der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen stellte sich nach den letzten Zählungen am höchsten in Dresden mit 7,6. Auch Breslau, München, Barmen, Posen, Königsberg, Düsseldorf, Mannheim, Hamburg und Duisburg verfügten mit 5,7, 5,0, 4,7, 4,7, 4,5, 4,4, 4,2, 4,1 und 4,0 Prozent über eine reichliche oder wenigstens genügende Anzahl unbenutzter Wohnungen. Verhältnismäßig wenig Wohnungen standen dagegen in Bremen, Halle, Altona und besonders Dortmund mit 1,8, 1,5, 1,2 und 0,2 Prozent zur Verfügung. Bei Gegenüberstellung des Wohnungsangebotes und des überzähligen Vorrates zeigt sich, daß, soweit Angaben nach beiden Richtungen vorliegen, in Dortmund die stärkste Bautätigkeit in einem beträchtlichen Wohnungsmangel und umgekehrt namentlich in Dresden, dann aber auch in München, Magdeburg, Königsberg, Essen, Leipzig, Mannheim usw. die geringere Bautätigkeit in einem reichen Angebote von leerstehenden Wohnungen begründet war. Andererseits fällt ein hoher Wohnungsangebot bei reichlichem überzähligen Vorrat in Barmen und Posen und eine schwache Wohnungszunahme bei niedrigem Prozentsatz leerstehender Wohnungen in Halle und Altona auf (in München und Altona lag allerdings die letzte Zählung der leerstehenden Wohnungen mehr als vier Jahre zurück).

Die die Größe der neuerrichteten Wohnhäuser, an der Zahl der Wohnungen gemessen, bilden 20,80 in Charlottenburg und 2,28 in Bremen die Normwerte. Im Durchschnitt kamen auf das Wohnhaus 7,28 Wohnungen. Einem besseren, wenn auch nicht absoluten Maßstab für die Größe der neuerrichteten Wohnhäuser, als ihn der öffentliche Bericht benützt, dürfte übrigens die Zahl der Wohnräume eines Hauses, nicht der Wohnungen, abgeben.

* **Udermale: § 153!** Am Freitag standen, wie bereits kurz berichtet, die Genossen Zimmer und Klübs als Angeklagte vor der zweiten Strafkammer. Sie hatten Berufung gegen ein schöffengerichtliches Urteil eingelegt, nach welchem Klübs zu einer Woche und Zimmer zu einem Tage Gefängnis verurteilt worden waren, weil sie durch eine Sperrnotiz gegen die Petroleum-Akten-Gesellschaft die als Streikführer benannten Arbeiter Bläsche und Mai zur Teilnahme an dem Streik zu veranlassen versucht haben sollten.

Der Tatbestand wird unseren Lesern zum größten Teil in Erinnerung sein: Auf dem Lagerplatz der genannten Gesellschaft hatten 11 Arbeiter wegen angeblich schlechter Behandlung durch einen Vorarbeiter die Arbeit niedergelegt. Diese Niederlegung widersprach dem Status des Sanitäts- und Transportarbeiter-Verbandes, dem die sämtlichen dort beschäftigten Arbeiter angehörten. Die Verbandsleitung war nicht gefragt worden, ob sie die Arbeitsniederlegung genehmige. Trotzdem versuchten die beiden Verbandsbeamten Senf und Zimmer den Streik durch Verhandlungen mit den Geschäftsführern gütlich beizulegen. Die Verhandlungen verliefen aber ergebnislos. Nun veröffentlichte Zimmer durch die „Volkswacht“ eine Notiz, durch welche von dem Streik Nachricht gegeben wurde und in der es weiter hieß: Die Arbeiter (Zimmer und Mai) blieben in Arbeit, aber in diesem Sinne des Bestrebens der Versammlung der beiden Arbeiter erblickt. Tatsächlich lag die Sache so, daß ein Arbeiter in angeblichen Auftrage seiner Kollegen die Entlassung des Kranführers, über dessen Verhandlung sie Klage führten, verlangt hatte. Als diese abgelehnt wurde, hat dieser Arbeiter die übrigen angefordert, die Arbeit niederzulegen. Bläsche und Mai nahmen am dem Streik nicht teil und da sie auch nicht zu der Betriebsübernahme erklärten, so nahm die Verbandsleitung an, daß die Beschuldigten, Mai und Bläsche hätte in erster Linie den Streik veranlaßt und dann den Kopf aus der Schlinge gezogen, richtig sei. Deswegen erließen jene Notiz. Sedler hat sich herausgestellt, daß Bläsche und Mai nicht in dem Maße schuldig seien, wie es zuerst den Anschein hatte. Von Verbands wegen wurde gegen diese beiden Mitglieder nichts unternommen, leider auch der „Volkswacht“ keine berichtigende Mitteilung gemacht.

Die Strafkammer hob nach mehrstündiger Verhandlung das erste Urteil auf und erkannte auf Freisprechung. Zwar liegt eine Derrufserklärung vor, aber diese ist nicht erfolgt um Bläsche und Mai zur Teilnahme am Streik zu veranlassen, sondern die Notiz habe nur die Wiedereinstellung der — tatsächlich leistungsgemessen — Streikenden zum Zweck gehabt. Da aber nach § 153 die Derrufserklärung nur strafbar ist, wenn sie den Zweck hat, jemanden zur Teilnahme an der Erbringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu veranlassen. Da diese Absicht aber hier nicht bestand, so war wohl oder übel auf Freisprechung zu erkennen.

* Dringende Aufforderung an die Leser der Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins.

Behufs Neuordnung der Bibliothek ersuchen wir alle Entleiher, welche noch Bücher aus der Zeit vor 1. Januar 1906 haben, um deren sofortige Rückgabe in die Bibliothek im Gewerkschaftshause, alle Montage von 8—9 Uhr Abends, oder in das Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, III., während der täglichen Amtsstunden.

* **Zur Bewältigung des diesjährigen Osterverkehrs** werden vom Friedrichsberg-Bahnhof folgende Bzüge abgefahren:

Am 12. April	Vorzug	Abfahrt	6 15	Abends bis Dittersbach;
14.	772.	1 00	Nachm.	Ostschberg;
15.	774.	6 15		
16.	770.	8 20	Vorm.	Dittersbach;
17.	774.	6 15	Nachm.	Ostschberg;
17.	772.	1 00		
17.	774.	6 15		

* **Vereln Frauenwohl.** In der nächsten Sitzung, die Donnerstag den 22. März, Abends 8 Uhr, in der Aula des Magdalenen-Gymnasiums stattfinden wird, Fraulein Anna Bappriß aus Berlin über „Die Wohnungsnot und ihre Folgen“ sprechen, ein sehr aktuelles Thema, namentlich hier in Breslau. Es steht daher zu hoffen, daß sich die Aufmerksamkeit weiter Kreise dem Vortrage zuwenden wird.

* **Breslauer Zweigverein der Internationalen Arbeiterassoziation.** Der junge Verein, der erst in diesem Winter begründet worden ist, veranstaltet Freitag, den 23. März, im großen Saale der Festungstraße, eine Versammlung, zu der auch Gäste Zutritt haben. Herr E. Doffel aus Genua, ein Mitglied des Hauptvorstandes der I. A. V., hat sein Vorkennen zugesagt und wird die Frage erörtern: „Warum beämbten wir die Realisierung der Proletariat?“ Das Korreirat hat Frau Katharina Schweden aus Dresden abgenommen. In die Diskussion, die sich dem Vortrage anschließt soll, wird auch Fraulein Anna Bappriß eingreifen.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Achtung, Gemeindegewerkschaft! Dienstag, den 20. d. Mts.: Mitglieder-Versammlung. Sehr wichtige Tagesordnung. Vortrag des Stadtverordneten, Genossen Schütz etc. Erscheint daher alle vollständig. Der Vorstand.

Aus Schlesien und Polen.

Was dem Grafen erlaubt wird, wird den Arbeitern verweigert.
Von dem engherzigen Bureaokratismus der Eisenbahnverwaltung wird aus Schlesien ein neues drohendes Beispiel gemeldet. Ein Fabrikant in Glatz, Bau beschäftigt eine Anzahl von Arbeitern aus Kaucha, die sich von ihrem Dorfe nach Glatz und zurück fahren. Da diese Arbeiter teilweise nach dem Bahnhof Kaucha eine halbe Stunde Wegs haben, so müssen sie, um um 8 Uhr an ihrem Bestimmungsort zu sein, schon vor 5 Uhr Morgens von ihren Wohnungen weggehen. Infolge der schlechten Lage der Verhältnisse des Abends treffen sie dann erst kurz vor 9 Uhr in Kaucha wieder ein, und können also erst gegen 1/10 Uhr wieder an Saufe bei ihren Familien sein. Der Fabrikant be-

halten, daß der Fabrikant 7 Uhr am Morgen in der Richtung Kaucha abfahren möchte, die dortigen Arbeiter aber nicht mehr, die dann mit Arbeitern kommen könnten. Dieses Verhalten würde jedoch nicht als Verstoß gegen den Zweck der Anstellung der Arbeiter betrachtet werden können. Auch die Verweigerung der Anstellung an diesem Tage. Auch ein Besuch der Fabrikanten-Kommission in Breslau in Richtung wurde von der Verbandsleitung zurückgewiesen mit dem Bemerkten, daß die Fabrikanten in Breslau auf dem gleichen oder anderen geltend. Die Verbandsleitung macht vor dem betreffenden Tage nicht stattfinden, weil in Glatz um 7 Uhr 13 Minuten Abends ein Schnellfährender Personenzug als Postzug eintrifft, für den das Gleis freigegeben werden mußte.

Diese Begründung ist aber durchaus nicht stichhaltig; denn zwischen den zwei auf verschiedenen Gleisen abgehenden Zügen ist eine Viertelstunde Zeit und wenn es auf den nächsten Fabrikanten und Fabrikanten abgehenden Zügen mehrere Züge in wenigen Minuten zu expedieren, so müßte es doch den Glatzener Beamten nicht allzuschwer fallen, das Gleis fertig zu bringen. Die Erbitterung des Arbeiter über den abschlägigen Bescheid ist um so größer, als es für den Grafen die Schnellzüge in Glatz zu halten. Ein freiständiges Blatt bemerkt dazu: Würde dem Wunsch des Fabrikanten Folge gegeben werden, so könnten die Arbeiter beinahe zwei Stunden früher in ihrer Heimat sein. Es ist klar, daß dies auf die Förderung des Familienfriedens und überhaupt auf das Wohlbefinden der Arbeiter einen großen Einfluß ausüben würde, während andererseits die Verlagerung jedes Einzelfalles zu ihrer Kameraden überhaupt gegen die Staatsbehörde aufbringt und so sozialdemokratischen Aufhebungen zugänglich macht. Deshalb ist zu hoffen, daß die Zentralbehörde in Berlin den Bescheid der Breslauer Eisenbahnbestreben revidieren wird. Zum mindesten aber könnte man den Arbeitern doch gestatten, den Pöbel gegen den Güterzug zur Fahrt zu benutzen, wie dies ja auch anderwärts geschieht.

Wahrscheinlich wird die Drohung, daß die Arbeiter sonst sozialdemokratisch werden, die bürokratische Verwaltung liberaler stimmen.

Ostpr. 17. März. Sieg bei den Gewerbeberichts-wahlen. Bei der am 12. d. M. stattfindenden Gewerbeberichts-wahl wurden die vom Gewerkschaftskomitee aufgestellten Genossen einstimmig gewählt.

Stenst. 17. März. Die zweijährige Dienstzeit ist noch zu lang! Es geht uns die Mitteilung an, daß in der Kolber und Bismarck'schen Anstalt auf der Siegeshöhe gegenwärtig zwei Soldaten des hiesigen Regiments als Normer beschäftigt werden. Da die Bregelie gegenwärtig dringende Aufträge besonders infolge des hiesigen Kirchenbaus zu erledigen hat, scheint die Militärverwaltung die zwei Mann, von Beruf Korner, auf dieser Arbeit heranzuziehen. Kapitalismus, Militarismus und Kirche sind immer drei gute Verbündnisse und unterstützen sich gegenseitig, aber wir müssen doch ganz entschieden dagegen protestieren, daß unsere Vaterlandsvorkämpfer während ihrer Dienstzeit zu gewerblichen Arbeiten verwendet werden.

Wannberg, 17. März. Tarifvertrag der Typsetzer. Die Typsetzer, welche im Zentralverband der Typsetzer organisiert sind und Anfang dieses Jahres den hiesigen Arbeitgebern einen Tarifvertrag zwecks Abschluß überhand haben, am 15. d. M. nach mehrstündiger Verhandlung einen Vertrag, welcher auf 2 Jahre alljährig abgeschlossen. Der Aufschlag auf Tageslohn beträgt im Durchschnitt 9 Prozent.

Neueste Nachrichten.

Auch ein Märzgefallener.

Wie aus Sewastopol gemeldet wird, ist das Todesurteil gegen den Kapitän Schmidt mit Abänderung der Vollstreckungsart in Tod durch Erschießen bekräftigt worden. Möglicherweise ist, daß gegen bereits die Vollstreckung stattgefunden hat.

Ein folgenschweres Bootsunglück

ereignete sich Sonntag Nachmittag gegen 6 Uhr auf dem Tegeler See bei Berlin. Hint junge Leute fuhren durch Kentern eines gemieteten Bootes in der See. Vier ertranken, während einer durch einen Dampfer gerettet werden konnte. Die Leichen konnten bisher nicht geborgen werden.

Meteorologische Beobachtungen der königlichen Universitäts-Sternwarte.

18. und 19. März	Nachm. 2 Ubr.	Abends 9 Ubr.	Morg. 7 Ubr.
Luftwärme (C.)	+ 14,9	+ 9,9	+ 5,0
Luftdruck bei 0° (mm)	742,1	741,0	740,2
Dunstdruck (mm)	5,5	6,2	6,2
Dunstfälligkeit (pCt.)	44	58	95
Wind (0—12)	W 6	N 4	WS 3
Wetter	heiter.	wolkig.	bedekt.

Ortslisten.

Dr. S. 1. Die Kündigung ist für Sie als Typsetzer eine 14tägige, wenn nichts anderes verabredet ist. 2. Sie müssen die Kündigungzeit auch dann innehalten, wenn Sie den Dienst aufgeben. 3. Sie brauchen das Arbeitsbuch bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres. 4. Die Invalidentarife gehört dem Arbeitnehmer. **Dr. S. 2.** Wenn für die betreffenden Gemeindegewerkschaften eine andere Klasse nicht zuständig ist, muß sie die Ortslistenklasse für den Kreis Waldenburg aufnehmen. Das Statut dieser Klasse ist maßgebend. 3. Eine Arbeit, die länger als 4 Wochen dauert, ist keine Gelegenheitsarbeit.

A. A. Altwasser. Wenden Sie sich nur an das Arbeitersekretariat in Breslau, Messergasse 13/19.

Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. II. Dienstmann Ferdinand Scholz, ev., Gartenstraße 91, und Christiane Konfalk, geb. Wotjak, ev., Bismarckstraße 19. — Volkstote Rudolf Köhler, ev., Grottkaufstraße 21, und Ida Werner, luth., Heiden, Kreis Militsch. — Pauline Ernestine Krause, ev., Gerbainstraße 86, und Anna Keller, geb. Köhler, ev., hier. — Kohlenarbeiter Paul Varnisch, ev., Bohrerstraße 89, und Marie Winkler, ev., hier. — Eisenbahnarbeiter August Gniechwitz, ev., Georgenstraße 14, und Hedwig Urban, luth., Lindenstraße 58. — Handlungsgeselle Josef Schmidt, luth., Palmstraße 35, und Ida Bergmann, ev., Rosenhaldenstraße 18. — Diplom-Ingenieur, Leutnant der Reserve Friedrich Tobias, luth., Ostergang (Ungarn), und Wally Niedereisner, evang., Ordensstraße 24. — Ingenieur Otto Teufelbach, evang., Widen-damm 4, und Ilse Wirth, ev., Schreierstraße 22. — Form-macher Rudolf Seidel, evang., Nachodstraße 86, und Marie Turinsky, ev., Auguststraße 74. — Bahnarbeiter Paul Reumann, evang., Auguststraße 70. — Auguste Nawastil, ev., Alexanderstraße 10. — Hausdiener Hermann Petermann, ev., Bohrerstraße 43, und Anna Jongschütz, luth., Nachod-straße 11. — Schuhmacher Theodor Kaufner, ev., Friedrichstraße 26, und Johanna Pollich, luth., Bahnhofsstraße 3. — Kutscher Paul Ringberg, ev., Bismarckstraße 31, und Martha

Heirats-Ankündigungen. I. Haushalter Paul Scholz, ev., Bismarckstraße 8, und Margarete Bräuer, ev., Alsenstraße 76. — Arbeiter Emil Thiel, ev., Berlinerstraße 46, und Paula Krillen, luth., Kupferschmiedestraße 17. — Eisenbahner Hermann Gedert, ev., Kurze-gasse 60, und Bertha Schlaw, ev., Baulstraße 48. — Bureaudienner Reino D. Biegner, ev., Berliner Chaussee 207, und Ida Stanelle, ev., Nachodstraße 4. — Haushalter Georg Thann, luth., Anderßen-straße 34, und Klara Wronow, luth., ebenda. — Buchmacher Heinrich Belke, ev., Alsenstraße 8, und Klara Vels, ev., Anderßenstraße 32. — Schlosser Kurt Schöpe, ev., luth., Neue Kirch-straße 6, und Elfriede Klotz, Alsenstraße 39. — Friseur Ernst Walter, ev., Breitenstraße 2, und Pauline Schmidt, ev., Paulstr. 14. — Schuhmacher Alfred Ulfemann, ev., Reuthenstraße 21, und Martha Jorsitz, ev., Friedrichstraße 74. — Zimmermann Hermann Köhler, luth., Große Dreilindengasse 3, und Franziska Stannell, luth., Kupfer- schmiedestraße 8. — Bäcker Paul Böhm, luth., Oberstraße 29, und Pauline Marchel, ev., Viktorienstraße 122. — Pächter Paul Späthel, ev., Berliner Chaussee 109, und Emma Gamte, ev., Reuschstr. 19. — Stellmacher Wilhelm Kurzbach, ev., Berlinerstraße 37, und Karoline Hoffa, ev., Kurze-gasse 74. — Zigarrenfabrikant Albert Doll-mann, ev., Friedrich-Wilhelmstraße 74, und Hedwig Gausmann, luth., Striegeuerplatz 5/7. — Müller Max Gartin, luth., Bolenerstr. 28, und Frieda Klein, Bärenstr. 10. — Schlosser Oskar Dreßler, ev., Waldenburg, und Magdalena Müller, luth., Seminar-gasse 12. — Feuerwehrmann Gustav Frißke, ev., Bolenerstr. 69, und Lina Wuttig, luth., Breitenstr. 26. — Arbeiter Karl Priester, luth., Bolenerstr. 4, und Agnes Christian, luth., Mariannenstr. 4. — Maler Ernst Gruba, ev., Nikolastr. 62, und Elisabeth Bläsche, ev., ebenda. — Former Karl Kubica, ev., Nikolastr. 39/39, und Martha Kauer, ev., Nikolastr. 31. — Fleischer Richard Götzig, ev., Paulstr. 14, und Anna Westwig, ev., Kurze-gasse 41. — Klempner-meister Paul Sydow, ev., Palmstr. 14, und Elisabeth verwa. Willard-fabrikant Wink, geb. Wenzel, ev., Weidenstraße 26. — Gumnastik- oberlehrer Dr. phil. Reinhold Knick, ev., Jagz, und Margarete Dorndorf, luth., Berliner Chaussee 100. — Straßenbahnschaffner

Todesfälle. II. Rath, L. des Architekten Walter Falken-hagen, 7 M. — Arb. Josef Walter, 59 J. — Martha, L. des städt. Straßenbahnschaffners Ana. Splegel, 5 Et. — Maurermeistermutter Auguste Wllig, geb. Rohde, 44 J. — Ute, L. des feuerlösch. Hans Kruck, 5 M. — Apotheker Franz Hoffschmidt, 56 Jahre. — Reiter Otto Schlabig, 72 Jahre. — Magdalena, Tochter des Schrift-lehlers Gustav Urbanitzky, 6 Monate. — Magarete, Tochter des Mechanikers Paul Ernst, 1 Jahr. — Schneidermutter Ernst Bunte, 46 Jahre. — Eisenbahnarbeiter Franz Eißner, luth., 52 J. — Arbeiter David Raffel, 58 J. — Schuhmachermeisterin Emilie Keller, geb. Weis, 32 J. — Karl, S. des Arbeiters Karl Doms, 1 Jahr. — Arbeiterin Emma Schneider, 18 Jahre. — Schuh-machersfrau Serafine Waidner, geb. Pensch, 33 J. — Ernst, S. des Eisenbahnarbeiters Karl Kallbrenner, 1 Jahr. — Aktualien-händlerin Beate Freymann, 31 Jahre. — Friseur Guttschäfer Emil Dugge, 82 Jahre. — Pensionierter Eisenbahn-Maschinenbauer Karl Railer, 74 Jahre. — Kirchensängerin Auguste Egan, 38 J. — Schmeidegehilfen Martha Jirischberg, geb. Kalinko, 26 Jahre. — IV. Buchhalter Otto Jörzler, 27 J. — Paul, S. des Brunnenbauers Aug. Anwand, 12 J. — Magdalena, L. des Dekorateurs Heinrich Dieck, 6 Mon. — Kaufmann César Roever, 55 J. — Katerin Hedwig Erwitte, 24 J. — Gasanstaltsarbeiterin Emilie Brandwein, geb. Lange, 34 J. — Hedwig, L. des Agenten Leopold Sohn 10 J. — Restaurateurin Henriette Hennig, geb. Schmöhl, 45 J. — IV. Bureau-Assistent Paul Schöke, 33 J. — Richard, S. d. Kanalarbeiters Paul Blädel, 1 J. — Schuhmachermeisterin Bertha Reuher, geb. Knoke, 33 J. — Verm. Müller Karoline Uner, geb. Langner, 62 J. — Fabrikführer Josef Wornbrunn, 68 J. — Hedwig, L. des hier verstorb. Klempners Oskar Krause, 1 J. — Kontrodienersfrau Agnes Diekmann, geb. Voelter, 66 J. — Gustav, S. des Schmiedes Ernst Schaal, 3 J. — Paul, S. des Stützens Paul Hand, 2 J. — Emma, L. des Maurers August Thiel, 10 Woch. — Erna, L. des Schlossers Heinrich Schiefer, 8 Monate.

Todesfälle. II. Rath, L. des Architekten Walter Falken-hagen, 7 M. — Arb. Josef Walter, 59 J. — Martha, L. des städt. Straßenbahnschaffners Ana. Splegel, 5 Et. — Maurermeistermutter Auguste Wllig, geb. Rohde, 44 J. — Ute, L. des feuerlösch. Hans Kruck, 5 M. — Apotheker Franz Hoffschmidt, 56 Jahre. — Reiter Otto Schlabig, 72 Jahre. — Magdalena, Tochter des Schrift-lehlers Gustav Urbanitzky, 6 Monate. — Magarete, Tochter des Mechanikers Paul Ernst, 1 Jahr. — Schneidermutter Ernst Bunte, 46 Jahre. — Eisenbahnarbeiter Franz Eißner, luth., 52 J. — Arbeiter David Raffel, 58 J. — Schuhmachermeisterin Emilie Keller, geb. Weis, 32 J. — Karl, S. des Arbeiters Karl Doms, 1 Jahr. — Arbeiterin Emma Schneider, 18 Jahre. — Schuh-machersfrau Serafine Waidner, geb. Pensch, 33 J. — Ernst, S. des Eisenbahnarbeiters Karl Kallbrenner, 1 Jahr. — Aktualien-händlerin Beate Freymann, 31 Jahre. — Friseur Guttschäfer Emil Dugge, 82 Jahre. — Pensionierter Eisenbahn-Maschinenbauer Karl Railer, 74 Jahre. — Kirchensängerin Auguste Egan, 38 J. — Schmeidegehilfen Martha Jirischberg, geb. Kalinko, 26 Jahre. — IV. Buchhalter Otto Jörzler, 27 J. — Paul, S. des Brunnenbauers Aug. Anwand, 12 J. — Magdalena, L. des Dekorateurs Heinrich Dieck, 6 Mon. — Kaufmann César Roever, 55 J. — Katerin Hedwig Erwitte, 24 J. — Gasanstaltsarbeiterin Emilie Brandwein, geb. Lange, 34 J. — Hedwig, L. des Agenten Leopold Sohn 10 J. — Restaurateurin Henriette Hennig, geb. Schmöhl, 45 J. — IV. Bureau-Assistent Paul Schöke, 33 J. — Richard, S. d. Kanalarbeiters Paul Blädel, 1 J. — Schuhmachermeisterin Bertha Reuher, geb. Knoke, 33 J. — Verm. Müller Karoline Uner, geb. Langner, 62 J. — Fabrikführer Josef Wornbrunn, 68 J. — Hedwig, L. des hier verstorb. Klempners Oskar Krause, 1 J. — Kontrodienersfrau Agnes Diekmann, geb. Voelter, 66 J. — Gustav, S. des Schmiedes Ernst Schaal, 3 J. — Paul, S. des Stützens Paul Hand, 2 J. — Emma, L. des Maurers August Thiel, 10 Woch. — Erna, L. des Schlossers Heinrich Schiefer, 8 Monate.

Heirats-Ankündigungen. I. Haushalter Paul Scholz, ev., Bismarckstraße 8, und Margarete Bräuer, ev., Alsenstraße 76. — Arbeiter Emil Thiel, ev., Berlinerstraße 46, und Paula Krillen, luth., Kupferschmiedestraße 17. — Eisenbahner Hermann Gedert, ev., Kurze-gasse 60, und Bertha Schlaw, ev., Baulstraße 48. — Bureaudienner Reino D. Biegner, ev., Berliner Chaussee 207, und Ida Stanelle, ev., Nachodstraße 4. — Haushalter Georg Thann, luth., Anderßen-straße 34, und Klara Wronow, luth., ebenda. — Buchmacher Heinrich Belke, ev., Alsenstraße 8, und Klara Vels, ev., Anderßenstraße 32. — Schlosser Kurt Schöpe, ev., luth., Neue Kirch-straße 6, und Elfriede Klotz, Alsenstraße 39. — Friseur Ernst Walter, ev., Breitenstraße 2, und Pauline Schmidt, ev., Paulstr. 14. — Schuhmacher Alfred Ulfemann, ev., Reuthenstraße 21, und Martha Jorsitz, ev., Friedrichstraße 74. — Zimmermann Hermann Köhler, luth., Große Dreilindengasse 3, und Franziska Stannell, luth., Kupfer- schmiedestraße 8. — Bäcker Paul Böhm, luth., Oberstraße 29, und Pauline Marchel, ev., Viktorienstraße 122. — Pächter Paul Späthel, ev., Berliner Chaussee 109, und Emma Gamte, ev., Reuschstr. 19. — Stellmacher Wilhelm Kurzbach, ev., Berlinerstraße 37, und Karoline Hoffa, ev., Kurze-gasse 74. — Zigarrenfabrikant Albert Doll-mann, ev., Friedrich-Wilhelmstraße 74, und Hedwig Gausmann, luth., Striegeuerplatz 5/7. — Müller Max Gartin, luth., Bolenerstr. 28, und Frieda Klein, Bärenstr. 10. — Schlosser Oskar Dreßler, ev., Waldenburg, und Magdalena Müller, luth., Seminar-gasse 12. — Feuerwehrmann Gustav Frißke, ev., Bolenerstr. 69, und Lina Wuttig, luth., Breitenstr. 26. — Arbeiter Karl Priester, luth., Bolenerstr. 4, und Agnes Christian, luth., Mariannenstr. 4. — Maler Ernst Gruba, ev., Nikolastr. 62, und Elisabeth Bläsche, ev., ebenda. — Former Karl Kubica, ev., Nikolastr. 39/39, und Martha Kauer, ev., Nikolastr. 31. — Fleischer Richard Götzig, ev., Paulstr. 14, und Anna Westwig, ev., Kurze-gasse 41. — Klempner-meister Paul Sydow, ev., Palmstr. 14, und Elisabeth verwa. Willard-fabrikant Wink, geb. Wenzel, ev., Weidenstraße 26. — Gumnastik- oberlehrer Dr. phil. Reinhold Knick, ev., Jagz, und Margarete Dorndorf, luth., Berliner Chaussee 100. — Straßenbahnschaffner

Lehrerbildungsanstalt Breslau. (Mitgl. d. Arbeiter-Lernbundes) Die regelmäßigen Lehrstunden finden statt: 1. Abteilung (Männer): Jeden Dienstag und Freitag, Abends von 8—10 Uhr; — 2. Ab- teilung (Böglinge): Jeden Montag und Mittwoch, Abends von 8—10 Uhr; — 3. Abteilung (Frauen): Jeden Donnerstag Abends 8—10 Uhr, in der städtischen Schulturnhalle, Waterloostraße.

Deutscher Reichstag.

68. Sitzung, Sonnabend, den 17. März, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsliche: Prinz Hohenzollern. Der Eintritt in die Tagesordnung wird der Antrag auf Eröffnung des Manifestationsverfahrens gegen den Abgeordneten Fußangel (Zentr.) der Geschäftsordnungskommission überwiesen.

Der Abg. Kroll (s. l. F.) hat sein Mandat niedergelegt. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Kolonialgesetzes und zwar zunächst des Stats für Deutsch-Ostafrika.

Abg. Bebel (Sozialdemokrat):

Die neuartigen Ausführungen des Abg. Arndt zwingen mich leider, aus neue auf den Fall Peters zurückzukommen. Mit Ausnahme eines einzigen Punktes ist die ganze Darstellung, die ich vor zehn Jahren, am 18. März 1896, von den afrikanischen Taten des Herrn Peters gab, durchaus bestätigt worden. Der sogenannte Tuffer-Brief hat sich allerdings als nicht existierend erwiesen; ich habe aber dies auch schon im März 1897 anerkannt. Das zweite Verfahren gegen Dr. Peters ist allerdings in gewissen Sinne und anerkannter Weise von mir beantragt worden. Und ich glaube, daß dies mich noch heute mit Genugtuung erfüllt. 1896 ist drei Tage lang hier über den Fall Peters verhandelt worden und Vertreter aller Parteien, die freisinnigen Richter und Kenmann, lieber vom Zentrum, ja auch der Nationalliberalen Dr. Danneberg. Ich war mit mir in der Beurteilung Dr. Peters' Unschuld. ...

Abg. Dr. Arndt (Kpt.): Es ist kein Wort daran wahr, daß Dr. Peters aus Eifersucht das junge Mädchen und seinen jugendlichen Diener an den Galgen gebracht hat. Das betreffende Mädchen ist überhaupt nicht hingerichtet worden. Die beiden Hingerichteten stehen überhaupt in keinem Zusammenhang. (Zuruf v. d. Soz.: Hat denn Peters gemordet oder nicht?) Nicht jede Hingerichtung ist ein Mord. Herr von Wissmann hat mir persönlich gesagt, daß die Hingerichtung unter den obwaltenden Umständen unbedingt notwendig gewesen sei. ...

lage vorgekommen, so gehörte Bebel wegen Verleumdung auf die Anklagebank (Unruhe s. d. Soz.) Der Fall Peters ist ein deutsches Gegenstück zum Fall Dreyfus. (Unruhe und Widerspruch s. d. Soz.) Man hat aus Gründen politischen Hasses einen Mann zu Grunde richten wollen, der die deutsche Herrschaft über weite Strecken afrikanischen Bodens ausdehnt hat. Das war freilich ein großes Verbrechen in den Augen der Kolonialgegner. Ich bleibe dabei, daß dem Dr. Peters schweres Unrecht geschehen ist. (Beifall rechts.)

Stellvertreter Kolonialdirektor Prinz Hohenzollern: Ich bin in amtlicher Eigenschaft bisher in keiner Weise mit der Sache befaßt worden. Eine Veranlassung, den Disziplinarhof in Schutz zu nehmen, lag für mich nicht vor, da die Anwürfe des Dr. Arndt sich nur gegen die Glaubwürdigkeit der Zeugen richteten. ...

Abg. Dr. Baehem (Zentr.) will auf den Fall Peters nicht näher eingehen. Es wird kaum gelingen, nachzuweisen, daß Peters geeignet ist, wieder in den Kolonialdienst aufgenommen zu werden. (Sehr wahr! im Zentr.) ...

Oberst Ohnesorge: Im wesentlichen wird schon seit 1896 so verfahren, wie der Vordrucker es wünscht; ganz durchzuführen läßt es sich aber nicht.

Abg. Bebel (Soz.): Mit Ausnahme eines ganz kleinen Teiles seiner politischen Freunde ist Dr. Arndt keine Zustimmung bei der Verteidigung des Dr. Peters finden. Es gehört ein einschneidendes Maß moralischer Qualifikation dazu, um für einen Mann wie Peters einzutreten, der für jeden gerecht Empfindenden moralisch gerichtet ist. Ich werde weder dem Dr. Arndt noch dem Dr. Peters den Glauben tun, meinen Gewährsmann zu nennen, und beschäme mich darauf, zu wiederholen, daß kein Wort von Arndt nie zu mir in Beziehungen gekommen hat. ...

Präsident Graf Balkeström: Der Abg. Bebel hat das Wort des Dr. Arndt, Verleumder auf sich bezogen. (Abg. Bebel: Nein.) Ich habe verstanden, daß Dr. Arndt damit den unbekanntem Gewährsmann des Herrn Abg. Bebel meinte. (Dr. Arndt: Sehr richtig!) Diese unbekanntem Person zu schätzen, hatte ich keine Veranlassung. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Kpt.): Der unbekanntem Gewährsmann des Abg. Bebel ist ein Lump erster Güte. Die Sozialdemokratie hat den Dr. Peters nur verfolgt, weil er bei den Wahlen gegen sie kandidiert hat. Wir ist der Dr. Peters viel mehr wert als die ganze Sozialdemokratie. (Beifall rechts, Lachen bei den Soz.)

Abg. Dr. Arndt (Kpt.): Ich trete jedenfalls lieber für den Dr. Peters ein, als für den unbekanntem Erfinder des Tufferbriefs. Hiermit schließt die Diskussion über den Titel Zentralverwaltung. Der Titel wird bewilligt.

Prinz Hohenzollern und Abg. Graf Arnim (Kpt.) bitten um Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Das Haus beschließt gemäß dem Kommissionsantrag. Eine Anzahl weitere Abträge der Kommission werden vorbehaltlos genehmigt.

Dem Titel Regierungsschulen beantragt Abg. Dr. Baehem (Zentr.) besondere Abstimmlung, um die Gegenseitigkeit seiner Partei gegen die Schulen zu dokumentieren.

Abg. Ledebour (Sozialdemokrat) tritt für die Regierungsschulen ein. Auch das Zentrum sollte doch

dafür sein, da die Missionare kaum genug haben, ihre Tätigkeit zu entfalten.

Abg. Dr. Baehem (Zentr.) erklärt, daß seine Partei die Stimmanschulen in Europa und in Afrika bekämpft und bebaugt, daß sich in dieser Frage eine Koalition von rechts und links gegen das Zentrum zusammenschließen.

Abg. Schrader (freil. Vag.): Das Zentrum will im Gegensatz zum bestehenden Zustande in den Kolonien das Schutzwesen durchaus in die Hände der Kirche legen. Das heißt einfach, verderblichen Glaubenszwang in unsere Kolonien tragen. (Sehr wahr! links.)

Abg. Ledebour (Sozialdemokrat):

Abg. Baehem will augenscheinlich die Konservativen an die schone Waffenbrüderschaft im preussischen Abgeordnetenhaus erinnern. Wir hier nichts ferner, als etwa die Überzeugungstreue der Konservativen auf die Probe stellen zu wollen. (Beifall links.) Wir treten aus kulturellen Gründen für die Simultananschulen ein. Für die paar weißen konfessionelle Schulen einrichten zu wollen, ist geradezu absurd. Den Gipfel der Komik aber bildet es, daß sich das Zentrum für die Schulen der protestantischen Buren einsetzt. Die konfessionellen Gegenläufe wirken geradezu kulturzerstörend. Die Missionen sind unleres Wunsches der Schwarzen und nicht der Weißen halber nach Afrika geschickt worden. (Beifall s. d. Soz.)

Stellvertreter Kolonialdirektor Prinz Hohenzollern weiß darauf hin, daß die Anregung zur Gründung der Regierungsschulen in Dar-es-Salaam von evangelischen Missionaren ausgegangen sei.

Abg. Gruberger (Zentr.) erklärt, daß durch die Errichtung konfessioneller Schulen kein finanzieller Mehraufwand erwachse.

Abg. Graf Schwerin-Schwiz (Kont.): Wir haben in der Kommission der Forderung zugestimmt, weil wir der Ansicht waren, daß prinzipielle Gesichtspunkte nicht in Frage kämen. Nachdem aber die Abstimmung eine prinzipielle Bedeutung beigelegt ist, werden wir gegen die Forderung stimmen.

Abg. von Kardorff (Kpt.) beantragt Zurückverweisung der Position an die Subkommission.

Abg. Dove (freil. Vag.) hält eine solche Zurückverweisung für völlig überflüssig.

Abg. Dr. Baehem (Kont.) unterstützt den Antrag auf Zurückverweisung, da in der Kommission über die Frage, ob konfessionelle Schulen oder Simultananschulen, nicht verhandelt worden sei.

Abg. Singer (Sozialdemokrat):

Alle diese Dinge sind schon in der Kommission zur Sprache gekommen. Wir waren in der Kommission der prinzipiellen Bedeutung des Beschlusses durchaus bewußt. Will man eine nochmalige Kommissionsberatung, so müßte man die Frage an eine besondere Schulkommission (Beifall links), vielleicht an die Schulkommission des Abgeordnetenhauses, verweisen. (Erneute Beifall links.) Uns kann es ja recht sein, wenn die Konservativen in der Kommission ja und hier nein sagen. ...

Prinz Hohenzollern: Es würde schwierig sein, in Afrika Schulen für die einzelnen Konfessionen zu errichten. Ein Schulzweig existiert dort nicht und eine prinzipielle Frage liegt meines Erachtens hier nicht vor.

Abg. Dr. Baehem (Zentr.): Da ich nicht will, daß bei diesem schwachen Punkte die Angelegenheit erledigt wird, beantrage ich nunmehr unter Aenderung der Etatsanmerkung Errichtung einer evangelischen Schule in Dar es Salaam und einer reformierten Schule am Meruberge.

Gegenüber einer Bemerkung des Abg. Dr. Baehem stellt

Abg. Singer (Sozialdemokrat) erneut fest, daß die Frage in der Kommission behandelt worden sei. Die Konservativen schwenken auf die Einwirkung der Herren vom Zentrum ein. Sie scheinen jetzt zu glauben, die Majorität zu haben. ...

Die Abg. Gruberger (Zentr.) und Dr. Arndt (Kpt.) sprechen sich für Zurückverweisung an die Kommission aus, zumal der konservative Beifallworter der Regierungsschulen, Abg. Freiherr v. Richthofen, heute nicht anwesend sei.

Abg. Singer (Sozialdemokrat) stellt erneut fest, daß die Frage schon in der Kommission verhandelt worden sei.

Abg. Dove (freil. Vag.): Die jetzige Auffassung der Herren von der Rechten lautet des Zentrums über den Namen der Simultan-

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Lautsky.

„Was wärd er für eine Freude haben“, sagte Kathrein mit einem behaglichen Schmunzeln, wenn er nun wiederkommt, der Professor, und steht, was wir aus dem Stück Erde gemacht haben, und wie der Grund und Boden, den er für nichts geschätzt, nun soviel Menschen nährt; und wenn er den Stefan wieder zu sehen kriegt, den er als einen heruntergekommenen Burtschen verlassen hat, und der ein Mann geworden ist, gesund und frisch wie nur einer; und was für Augen wird er er machen, wenn er nach der kleinen Hand auspaßt und da ein so hübschliches Dirndl sich ihm präsentiert wird. ...

habe, aber einmal, einmal mußte es doch so kommen, Randl hoffte es, sie hoffte alles von der Zeit.

Aber die Zeit verging und Stefan tat nichts, um diese Erwartungen zu rechtfertigen, im Gegenteil, er zeigte sich ihr gegenüber gar oft verlegen, und es war ihr, als überläme ihn heiße Thränen an ihrer Seite und ein Gefühl des Unbehagens. Er schien selbst darunter zu leiden. ...

„Ich sehe, Du glaubst mich noch nicht geküßt“, sagte er mit einem fast munteren Ton, „nun denn, empfang die beabsichtigende Beweise, daß ich es bin, und zwar vollständig.“

„Ich sehe, Du glaubst mich noch nicht geküßt“, sagte er mit einem fast munteren Ton, „nun denn, empfang die beabsichtigende Beweise, daß ich es bin, und zwar vollständig.“

wurden. Der bewirkte dies die feither eingetroffene Nachricht von dem Wiederaufstehen Professor Wäls, die ihn so glücklich beeinflusste?

Es war September geworden, genau zwei Jahre, seit sie gemeinsam arbeiteten, seit sie die Missionation gegründet, als von Wien aus eine bedeutende, ausschlaggebende Bestellung bei derselben gemacht wurde. Stefan, der, immer müde, immer neue Mühsal für ihre Industrie erlief, hatte versucht, von seinem Zinn für materielle Hilfe zu erbitten, eine Partie großer Weizenarten, heber Gräser, Schilf, neun einigen Mattpflanzen mittels Chlors zu trocknen, jedoch sie all die feinen Pflanzen der Farbe und die ursprüngliche Form bewahren, und so fand, daß sie sich vortrefflich zur Zimmerdekoration eigneten.

Man konnte in der Tat kaum etwas Materischeres bedenken, als diese in ihrer Zeichnung so feinen, eleganten, in der Form so wunderbar zarten und schmiegsamen Gräser in Vasen über Waldern, an den Wänden selbst emblematisch arrangiert zu sehen. Vor längerer Zeit schon hatte er Proben davon an einen Wiener Handelsgärtner geschickt, aber diese wollten finanzielle Idee nicht so leichtig Eingang gefunden zu haben. ...

„Zhr arbeitet für mich, wie ich für Euch“, sagte er, „es bleibt immer dasselbe. Jeder von uns trägt, ohne daß er es vielleicht weiß, nicht allein durch seine Arbeit, auch durch sein moralisches Verhalten, durch seine Lässigkeit, durch seine Unregelmäßigkeit und Verlässlichkeit zum Wohle des Ganzen bei, es liegt sich ja gar nicht bestimmen, es läßt sich nicht mehr trennen, was hier der Einzelne tut, wir wirken stets als ein Ganzes. Aber auch ich nenne diesen neuesten Erfolg einen Sieg, und ich wollen ihn feiern, wohl mit mehr Berechtigung, meine ich, als man oft einen militärischen Sieg gefeiert hat. Ich bin dafür, daß wir ein brüderliches Schmaus veranstalten; hier an demselben Ort, wo wir gearbeitet haben, wollen wir uns auch erheben und erfreuen. Der Sepp ist der einzige von uns, der Familie hat, aber die müßte vollständig dabei erscheinen. Nun sprich Eure Meinung aus, Freunde, — was sagst Du? Was sagst Du Randl und Kathrein? Seid Ihr damit einverstanden?“

... des ...

Partei-Angelegenheiten.

In der ...

Arbeiterbewegung.

Der französische ...

Eine weitere ...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 19. März.

„Soffhaus“, ein ...

„Ethische ...

„Töchter ...

„Wenn Arbeiter ...

„In den Tod ...

„Eine ...

„Verhafteter ...

„Leiche ...

„Feyer ...

„Mit ...

Aus Schlesien und Posen.

Abgeordneter Kroll.

Der einzige ...

Bei der letzten ...

Für Lohnbewegung ...

Die ...

Der „gnädige Herr“ mit Reitpeitsche und Revolver.

Aus dem Regen ...

Altwaßer, Kolonie ...

Reumarkt, 17. März ...

„Straf ...

„Soeben ...

„Der Staatsanwalt ...

„Bromberg ...

„Bromberg, 17. März ...

„Von den ...

Kleine provinzielle Nachrichten.

Ein hässliches ...